

Exposé zur Dissertation

Arbeitstitel

Weltanschauungsfreiheit

Der Schutz durch EKMR/EGMR, EuGH und
Gerichte des Vereinigten Königreichs

verfasst von

Sophia Witz, LL.M. (WU)

angestrebter akademischer Grad

Doktorin der Rechtswissenschaft (Dr.ⁱⁿ iur.)

Wien, Mai 2023

Studienkennzahl lt Studienblatt:	A 783 101
Studienrichtung lt Studienblatt:	Rechtswissenschaften
Dissertationsfach:	Öffentliches Recht (Grund- und Menschenrechte)
Betreuerin:	Univ.-Prof. ⁱⁿ Dr. ⁱⁿ Iris Eisenberger, M.Sc. (LSE)

Inhaltsverzeichnis

I.	Ausgangspunkt und Problemaufriss	2
II.	Aktueller Forschungsstand	5
III.	Forschungsfragen.....	7
	Hauptfrage.....	7
	Unterfragen	7
IV.	Gang der Untersuchung	8
	Teil 1 – Abgrenzung und Kategorisierung weltanschaulicher Überzeugungen.....	9
	Teil 2 – Direkter Schutz weltanschaulicher Überzeugungen.....	10
	Teil 3 – Indirekter Schutz weltanschaulicher Überzeugungen	14
	Teil 4 – Zusammenführende Überlegungen.....	15
V.	Methodik.....	16
VI.	Vorläufige Gliederung	18
VII.	Zeitplan	20
VIII.	Literaturauswahl	20

I. Ausgangspunkt und Problemaufriss

Weltanschauliche Überzeugungen begegnen uns heutzutage sowohl in der analogen als auch in der digitalen Welt und berühren stets den Kern der Identität einer Person. Sie können religiöser, aber auch nicht-religiöser Natur sein. Im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen nicht-religiöse Weltanschauungen (zB Pazifismus, Veganismus, Humanismus). Personen berufen sich in diversen Sachverhaltskonstellationen auf eine große Vielfalt an unterschiedlichen weltanschaulichen Überzeugungen.¹ In jüngerer Vergangenheit zeigt sich dies beispielsweise vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie² oder bei Diskussionen um vegane Menüoptionen beim Bundesheer.³ Der Schutz weltanschaulicher Überzeugungen findet sich darüber hinaus in diversen Rechtsvorschriften, etwa im Antidiskriminierungs-⁴ oder im Digitalisierungsrecht.⁵

Die Weltanschauungsfreiheit als klassisches liberales Freiheitsrecht genießt zudem direkten Schutz durch zahlreiche Menschenrechtskataloge (zB Art 18 Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte,⁶ Art 18 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte,⁷ Art 9 Europäische Menschenrechtskonvention,⁸ Art 9 Human Rights Act,⁹ Art 10 EU-Grundrechtecharta¹⁰). Sie ist auf einer Ebene mit Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit zu

¹ Siehe die Anträge wegen Diskriminierung aufgrund der Weltanschauung bei der Bundes-Gleichbehandlungskommission: <https://www.ris.bka.gv.at/Gbk/>, abgerufen am 05.05.2023.

² So hat eine Pflegerin vorgebracht, ihr Arbeitgeber (Samariterbund Tirol) habe sie aufgrund ihrer Kritik an den Corona-Maßnahmen und ihrer Weigerung, eine Maske zu tragen, gekündigt, wodurch sie sich in ihrer „Weltanschauung“ diskriminiert sah. Der OGH ist der Auffassung der Klägerin jedoch nicht gefolgt und beurteilt Kritik an den Corona-Maßnahmen nicht als weltanschauliche Überzeugung, OGH 25.11.2021, 9 ObA 130/21i. Zur kritischen Haltung in Bezug auf Impfungen siehe EGMR 08.04.2021, 47621/13 (Vavříčka ao v CZE) Rz 335. Die Relevanz der Weltanschauungsfreiheit in der Covid-19-Pandemie spiegelt sich auch auf gesetzlicher Ebene wider, siehe § 15 EpiG, BGBl I 340/1993 idF BGBl I 177/2021 sowie § 5 COVID-19-MG, BGBl I 12/2020 idF BGBl I 255/2021.

³ Siehe *Tschiderer*, Bundesheer will kein veganes Menü auftragen, 23.06.2022 *derStandard*, <https://www.derstandard.at/story/2000136819011/bundesheer-will-kein-veganes-menue-auftragen>, abgerufen am 05.05.2023; *Rust*, Veganes, vegetarisches Kantinenessen: Überzeugen muss der gute Geschmack, 29.06.2022 *derStandard*, <https://www.derstandard.at/story/2000136995134/veganes-vegetarisches-kantinenessen-ueberzeugen-muss-der-gute-geschmack>, abgerufen am 05.05.2023; Aufregung um veganes Essen beim Bundesheer, 22.06.2022 *Die Presse*, <https://www.diepresse.com/6155954/aufregung-um-veganes-essen-beim-bundesheer>, abgerufen am 05.05.2023. Diese Debatte ist in eine Bürgerinitiative betreffend „Bereitstellung einer rein pflanzlichen, wahlweisen Verpflegungsoption im Bundesministerium für Landesverteidigung“ gemündet, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/BI/BI_00046/index.shtml#tab-Uebersicht, abgerufen am 05.05.2023.

⁴ Siehe Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie 2000/78/EG ABi 2000 L 303/16; 2. Teil GIBG, BGBl I 66/2004; 2. Hauptstück B-GIBG, BGBl 100/1993.

⁵ Siehe zB Art 9 DS-GVO 2016/679/EU ABi 2016 L 119/1; Art 10 RL 2016/680/EU ABi 2016 L 119/89.

⁶ Siehe BGBl 591/1978.

⁷ Siehe Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948, UN-Doc. A/810/71.

⁸ Siehe BGBl 210/1958 idF BGBl III 30/1998.

⁹ Siehe Human Rights Act 1998 c. 42.

¹⁰ Siehe Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 07.06.2016, ABi 2016 C 202/389.

verorten.¹¹ Ebenso wie die Religionsfreiheit¹² soll sie sozialen Frieden, Pluralismus, Selbstbestimmung und Minderheitenrechte wahren. Weltanschauliche Überzeugungen werden auch im Rahmen der grundrechtlichen Diskriminierungsverbote indirekt geschützt (Art 21 Abs 1 GRC iVm Art 1 Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie und Art 14 EMRK iVm Art 9 EMRK). Nichtreligiöse weltanschauliche Überzeugungen befinden sich hierbei historisch bedingt schon immer im Schatten religiöser Überzeugungen.¹³

Unterschiedliche Gerichte haben bisher überwiegend Fragen der Religionsfreiheit behandelt.¹⁴ Die fehlende Auseinandersetzung mit weltanschaulichen Überzeugungen ist aus einer Rechtsschutzperspektive dann problematisch, wenn nur bereits etablierten Religionen grundrechtlicher Schutz gewährt wird, weil sich diese auf ihre historisch gewachsene und daher besser nachvollziehbare Glaubenslehre und Dogmatik beziehen können.¹⁵ Besonders unbekanntere oder nicht-traditionelle Weltanschauungsformen sind auf Toleranz und grundrechtlichen Schutz angewiesen,¹⁶ da sie oft keiner klar definierbaren Gruppe bzw Tradition zuordenbar sind und ihre Manifestationsformen gesellschaftlich weniger stark verankert sind, wodurch sie sich im Vergleich zu religiösen Anschauungen in einer schwächeren Position befinden.¹⁷ Auf rechtswissenschaftlicher Ebene steht die Weltanschauungsfreiheit bisher ebenfalls kaum im Fokus der Forschung,¹⁸ während zur Gewissens- und Religionsfreiheit etliche grundlegende Untersuchungen aus einer Vielzahl an Perspektiven bestehen.¹⁹

¹¹ Siehe Art 18 Abs 1 IPbPR; Art 18 AEMR; Art 9 Abs 1 EMRK; Art 10 Abs 1 GRC.

¹² Siehe zB EGMR 25.05.1993, 14307/88 (Kokkinakis v GRE) Rz 31; *Frowein* in *Frowein/Peukert*, EMRK-Kommentar³ (2009) Art 9 EMRK Rz 1; *Gutiérrez* in *Santolaya Machetti/García Roca*, Europe of rights: a compendium on the European Convention of Human Rights (2012) Art 10 EMRK 368; *Schädler*, Der Schutz des religiösen Friedens als Staatsaufgabe: Eine juristische Untersuchung des öffentlichen Interesses am Frieden zwischen den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (2014) 11; *Walter* in *Dörr/Grote/Marauhn*, EMRK/GG Konkordanzkommentar I³ (2022) Art 9 EMRK Rz 166.

¹³ Siehe *Czermak/Hilgendorf*, Religions- und Weltanschauungsrecht² (2018) Rz 53 f.

¹⁴ Siehe zum Christentum zB EKMR 08.03.1985, 11045/84 (Knudsen v NOR); EGMR 25.05.1993, 14307/88 (Kokkinakis v GRE); zum Judentum EKMR 06.12.1983, 10180/82 (D v FRA); zum Islam EKMR 03.05.1993, 16278/90 (Karaduman v TUR); zum Hinduismus EKMR 08.03.1994, 20490/92 (ISKCON ao v UK); zum Buddhismus EKMR 20.12.1974, 5442/72 (X v UK).

¹⁵ Siehe EKMR 16.05.1977, 7050/75 (Arrowsmith v UK) Separate Opinion, in part dissenting *Opsahl*, Rz 3; *Kühler*, Das Grundrecht der Gewissensfreiheit (2012) 123.

¹⁶ Siehe EKMR 16.05.1977, 7050/75 (Arrowsmith v UK) Separate Opinion, in part dissenting *Opsahl*, Rz 3; *Czermak/Hilgendorf*, Religions- und Weltanschauungsrecht² Rz 56.

¹⁷ Siehe *Oliva/Hall*, Religion, Law and the Constitution: Balancing Beliefs in Britain (2018) 143 f.

¹⁸ Siehe allerdings zu einzelnen Aspekten der Weltanschauungsfreiheit *Blum*, Die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit nach Art. 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention (1990); *Czermak/Hilgendorf*, Religions- und Weltanschauungsrecht²; *Jakubowicz*, Die Stellung nicht religiöser Gemeinschaften im österreichischen Recht - am Beispiel der Atheisten (2016); *Mückl*, Religions- und Weltanschauungsfreiheit im Europarecht (2002); *Schinkele*, Zur Weltanschauungsfreiheit in Österreich, in FS Gampl (1990) 50.

¹⁹ Zur Gewissensfreiheit siehe zB *Horn*, Das normative Gewissensverständnis im Grundrecht der Gewissensfreiheit (2012); *Kalb*, Das Grundrecht auf Gewissensfreiheit – Konturen, Perspektiven, in *Kröll/Becker* (Hrsg), System, Verantwortung, Gewissen in der Medizin (2012) 17; *Patenge*, Theologisch-ethische und grundrechtsdogmatische Perspektiven auf das Grundrecht der Gewissensfreiheit, in FS Schuster (2016) 114. Zur Religionsfreiheit

An dieser Stelle setzt die Dissertation an, welche die Praxis der EKMR sowie die Rechtsprechung des EGMR, des EuGH und der Gerichte des Vereinigten Königreichs (UK) zu direktem und indirektem Schutz weltanschaulicher Überzeugungen untersucht und vergleicht. Ziel ist, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Judikatur der genannten Gerichte herauszuarbeiten, einerseits hinsichtlich des konzeptuellen Verständnisses der Weltanschauungsfreiheit der jeweiligen Gerichte und andererseits in Bezug auf jene Kriterien, die von den Gerichten zur Beurteilung eingesetzt werden. Dadurch soll schlussendlich ein Beitrag zur Auslegung der Weltanschauungsfreiheit geleistet werden, sowie ein System an Beurteilungskriterien entwickelt werden.

Nicht untersucht wird in dieser Arbeit hingegen die Judikatur österreichischer Gerichte. Die Rechtsprechung der Gerichte des Vereinigten Königreichs wurde jener der österreichischen Gerichte aus mehreren Gründen vorgezogen: Zunächst betreffen einige der wichtigsten Entscheidungen der EKMR²⁰ und auch des EGMR²¹ Sachverhalte aus dem Vereinigten Königreich. Zudem fließen die Rechte der EMRK und deren Auslegung durch EKMR/EGMR über Section 2 des Human Rights Act (HRA) in die Rechtsprechung der UK-Gerichte ein, der die Konventionsrechte in die nationale Rechtsordnung inkorporiert.²² Die Gerichte des Vereinigten Königreichs beziehen sich daher häufig auf die Rechtsprechung von EKMR/EGMR und entwickeln, angelehnt an EKMR und EGMR, eigene Beurteilungskriterien.²³

Im Vergleich dazu hat der österreichische Verfassungsgerichtshof bisher keine eigenen Kriterien zur Beurteilung weltanschaulicher Überzeugungen entwickelt, sondern in seiner früheren Rechtsprechung lediglich festgestellt, dass Art 14 StGG nur religiöse Anschauungen schützt,²⁴ und in seiner jüngeren Rechtsprechung, die im Gegensatz zum Vereinigten Königreich nur

siehe zB *Bertschler*, Die verfassungsmäßige Gewährleistung der Religionsfreiheit und ihre Grenzen (2012); *Bleckmann*, Von der individuellen Religionsfreiheit des Art. 9 EMRK zum Selbstbestimmungsrecht der Kirchen: Ansätze zu einem „Europäischen Staatskirchenrecht“ (1995); *Gastl*, Der Religionsunterricht: zwischen Religionsfreiheit und staatlicher Schulhoheit (2013); *Ungern-Sternberg*, Religionsfreiheit in Europa: die Freiheit individueller Religionsausübung in Großbritannien, Frankreich und Deutschland - ein Vergleich (2008); *Wall*, Von der individuellen zur korporativen Religionsfreiheit – die Rechtsprechung zu Art. 9 EMRK (2004); *Werni*, Religionsgemeinschaften und Gleichheit (2022).

²⁰ Siehe zB EKMR 16.05.1977, 7050/75 (*Arrowsmith v UK*); EKMR (inadmissible) 15.12.1983, 10358/83 (*C v UK*); EKMR (inadmissible) 10.02.1993, 18187/91 (*W v UK*).

²¹ Siehe zB EGMR 25.02.1982, 7511/76, 7743/76 (*Campbell and Cosans v UK*); EGMR 29.04.2002, 2346/02 (*Pretty v UK*).

²² Siehe Section 1 Human Rights Act 1998 c. 42.

²³ Siehe zB UKHL 2005, *R (on the application of Williamson) v. Secretary of State for Education and Employment*, UKHL 15; EAT 2009, *Grainger plc v Nicholson*, ICR 360.

²⁴ Siehe zB VfSlg 1207/1929; VfSlg 11253/1987 Rz II.2.

sehr wenige Fälle umfasst, auf die Judikatur des EGMR verwiesen.²⁵ In Hinblick auf das Antidiskriminierungsrecht hat der österreichische Oberste Gerichtshof zwar einige interessante Entscheidungen getroffen,²⁶ allerdings keinen eigenen Kriterienkatalog zur Beurteilung dieser Fälle entwickelt. Das Vereinigte Königreich ist schließlich auch aufgrund seiner Common Law-Tradition interessant, die in Bezug auf den Schutz religiöser Praktiken mitunter schlagkräftiger ist, als der Schutz durch kodifizierte Grundrechte (zB Art 9 HRA).²⁷

II. Aktueller Forschungsstand

Rechtswissenschaftliche Monografien zur Weltanschauungsfreiheit gibt es – wie eingangs bereits ausgeführt – in der österreichischen Literatur nicht. Auch die Judikatur des EGMR sowie des EuGH und die Entscheidungen der EKMR zur Weltanschauungsfreiheit wurden in der österreichischen Literatur bisher (mit Ausnahme von *Brigitte Schinkele* 1990)²⁸ nicht umfassend aufbereitet, sondern nur bezogen auf einen spezifischen Aspekt bzw ein spezifisches Themengebiet analysiert.²⁹

Mehrere österreichische Dissertationen bewegen sich im Umfeld der Weltanschauungsfreiheit, behandeln diese aber nur sehr knapp. *Markus Forsthuber* befasst sich in seiner Dissertation aus 2002 mit *Religions- und Weltanschauungsfreiheit in aktuellen Problemlagen*.³⁰ Seine Schwerpunktsetzung liegt allerdings auf einzelnen Fallbeispielen, die zumeist religiöse Konnotationen aufweisen. *Thomas Dullinger* beschäftigt sich in seiner Dissertation mit der arbeitsrechtlichen Relevanz religiöser Bedürfnisse, ohne jedoch vertieft auf weltanschauliche Überzeugungen einzugehen.³¹ *Esther Jakobowicz* untersucht in ihrer Dissertation die Stellung nicht-religiöser Gemeinschaften am Beispiel der Atheisten, wobei in ihrer Arbeit die korporative Seite der Weltanschauungsfreiheit im Fokus steht.³²

²⁵ Siehe zB VfSlg 20435 Rz 134.

²⁶ Siehe zB OGH 24.02.2009, 9 ObA 122/07t zu kritischen Auffassungen über die derzeitige Asylgesetzgebung; OGH 20.10.2022, 9 ObA 59/22z Rz 15 ff zur Mitgliedschaft in politischen Gruppierungen bzw Parteien; OGH 23.03.2023, 9 ObA 17/23z Rz 25 zu kritischer Einstellung gegenüber der Covid-19-Impfung.

²⁷ Siehe *Cumper/Lewis*, Last Rites and Human Rights: Funeral Pyres and Religious Freedom in the United Kingdom, *Ecclesiastical Law Journal* 2010, 131 (151).

²⁸ Siehe *Schinkele*, Weltanschauungsfreiheit 63 ff.

²⁹ Siehe zB *Dullinger*, Arbeitsrechtliche Relevanz religiöser Bedürfnisse (2020) 9 ff, 50; *Keffer*, Die Religions- und Weltanschauungsfreiheit und der Strafvollzug (2002) 35; *Mathy*, Die Weltanschauung im Spannungsfeld zwischen Betriebsverfassungsrecht und Antidiskriminierungsrecht, *DRdA* 2023, 20 (21 ff).

³⁰ Siehe *Forsthuber*, Religions- und Weltanschauungsfreiheit in aktuellen Problemlagen (2002).

³¹ Siehe *Dullinger*, Arbeitsrechtliche Relevanz religiöser Bedürfnisse (2020).

³² Siehe *Jakobowicz*, Stellung nicht religiöser Gemeinschaften im österreichischen Recht.

In Deutschland setzen sich einige Monografien dezidiert mit dem Phänomen der Weltanschauungsfreiheit sowie Weltanschauungsgemeinschaften auseinander.³³ Diese stützen sich jedoch meist auf Art 4 GG³⁴ und Art 136 bzw 137 Abs 7 WRV iVm Art 140 GG³⁵ und beziehen sich, wenn überhaupt, nur sehr oberflächlich auf die Garantien der Europäischen Menschenrechtskonvention bzw der Grundrechtecharta.³⁶ Europäische englischsprachige Monografien befassen sich demgegenüber sehr wohl mit dem direkten Schutz weltanschaulicher Überzeugungen durch Art 9 EMRK/Art 9 HRA sowie auch dem indirekten Schutz durch das Antidiskriminierungsrecht Großbritanniens,³⁷ allerdings meist ohne Schwerpunktsetzung auf nicht-religiöse Weltanschauungen.³⁸

In der Kommentarliteratur zu Art 9 EMRK³⁹ und Art 10 GRC⁴⁰ finden sich überwiegend Überlegungen zur Religionsfreiheit. Auch in der Kommentarliteratur werden nicht-religiöse weltanschauliche Überzeugungen oftmals nicht eigenständig dargestellt, sondern lediglich punktuell behandelt,⁴¹ bzw gegenüber religiösen Überzeugungen kaum abgegrenzt.⁴²

³³ Siehe *Hoffmann*, Die Weltanschauungsfreiheit (2012); *Mertesdorf*, Weltanschauungsgemeinschaften (2008); *Blum*, Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; *Czermak/Hilgendorf*, Religions- und Weltanschauungsrecht²; *Mückl*, Religions- und Weltanschauungsfreiheit im Europarecht.

³⁴ Siehe Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2478).

³⁵ Siehe Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2478).

³⁶ Siehe in absteigender Bezugnahme auf Art 9 EMRK bzw Art 10 GRC *Blum*, Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit 77 ff; *Hoffmann*, Die Weltanschauungsfreiheit 288 ff; *Czermak/Hilgendorf*, Religions- und Weltanschauungsrecht² Rz 611 ff; *Mückl*, Religions- und Weltanschauungsfreiheit 34 ff; *Mertesdorf*, Weltanschauungsgemeinschaften.

³⁷ Siehe Sec 4 iVm Sec 10 (2) Equality Act 2010 c. 15.

³⁸ Siehe zu nicht-religiösen Weltanschauungen zB *Bretscher*, Protecting the Religious Freedom of New Minorities in International Law (2020) 33 ff; *Evans*, Freedom of religion under the European Convention on Human Rights (2001) 53 ff; *Hill/Sandberg/Doe/Grout*, Religion and Law in the United Kingdom³ (2021) Rz 96 ff; *O'Halloran*, Human Rights, Religion and International Law (2018) 81 ff; *Oliva/Hall*, Religion, Law and the Constitution 127 ff; *Taylor*, Freedom of Religion (2005) 207 ff.

³⁹ Siehe *Cumper* in *Harris/O'Boyle/Warbrick*, Law of the European Convention on Human Rights⁴ (2018) 573 ff; *Frowein* in *Frowein/Peukert*, EMRK-Kommentar³ Art 9 EMRK Rz 6 ff; *Grabenwarter* in *Pabel/Schmahl*, IntKommEMRK (8. Lfg 2007) Art 9 EMRK Rz 41 ff; *Gutiérrez* in *Roca/Santolaya*, Europe of Rights: A Compendium on the European Convention of Human Rights (2012) Art 9 EMRK 357 f, 360 ff; *Schabas*, The European Convention on Human Rights: A Commentary (2015) Art 9 EMRK 425 ff; *Ungern-Sternberg* in *Karpenstein/Mayer*, EMRK³ (2022) Art 9 EMRK Rz 14 ff.

⁴⁰ Siehe *Bernsdorff* in *Meyer/Hölscheidt*, Charta der Grundrechte der Europäischen Union⁵ (2019) Art 10 GRC Rz 14; *Lock* in *Kellerbauer/Klamert/Tomkin*, The EU Treaties and the Charter of Fundamental Rights: A Commentary (2019) Art 10 GRC Rz 2 ff; *Waldhoff* in *Grabenwarter*, Europäischer Grundrechtsschutz² (2022) § 12 Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit Rz 14 ff.

⁴¹ Siehe *Cumper* in *Harris/O'Boyle/Warbrick*, Law of the European Convention on Human Rights⁴ 572; *Frowein* in *Frowein/Peukert*, EMRK-Kommentar³ Art 9 EMRK Rz 19; *Grabenwarter* in *Pabel/Schmahl*, IntKommEMRK Art 9 EMRK Rz 67; *McCrea* in *Peers/Hervey/Kenner/Ward*, The EU charter of fundamental rights: a commentary (2014) Art 10 GRC Rz 10.24; *Muzak*, B-VG⁶ (2020) Art 9 EMRK Rz 4; *Palmstorfer* in *Kahl/Khakhzadeh/Schmid*, Kommentar zum Bundesverfassungsrecht B-VG und Grundrechte (2021) Art 9 EMRK Rz 12.

⁴² Siehe *Augsberg* in *von der Groeben/Schwarze/Hatje*, Europäisches Unionsrecht⁷ (2015) Art 10 GRC Rz 9;

Das Grundrecht auf Weltanschauungsfreiheit hat in der österreichischen Zeitschriftenliteratur bisher ebenfalls wenig Raum eingenommen.⁴³ Hervorzuheben ist der zuvor bereits erwähnte Beitrag von *Brigitte Schinkele* aus dem Jahr 1990, der sich eingehender mit der Weltanschauungsfreiheit in Österreich auseinandersetzt.⁴⁴ In der europäischen englischsprachigen Zeitschriftenliteratur finden sich sowohl Beiträge zum direkten Schutz weltanschaulicher Überzeugungen durch Art 9 EMRK/Art 9 HRA⁴⁵ und zum indirekten Schutz über Antidiskriminierungsbestimmungen⁴⁶ als auch zum Schutz durch Common Law.⁴⁷ Ausgangspunkt der Dissertation werden *Brigitte Schinkeles* Überlegungen sein.⁴⁸

III. Forschungsfragen

Hauptfrage

Lässt sich aus der Judikatur von EKMR/EGMR, EuGH und UK-Gerichten ein Kriterien- und Anforderungskatalog zum Schutz weltanschaulicher Überzeugungen entwickeln?

Unterfragen

EKMR/EGMR

Führen die hohen Anforderungen, die EKMR/EGMR an den Nexus zwischen Handlung und Weltanschauung stellen und die auf traditionelle Religionsformen zugeschnitten sind, zu

Bernsdorff in *Meyer/Hölscheidt*, Charta der Grundrechte der Europäischen Union⁵ Art 10 GRC Rz 12; *Bezemek* in *Holoubek/Lienbacher*, GRC-Kommentar² (2019) Art 10 GRC Rz 8; *Grabenwarter* in *Pabel/Schmahl*, IntKom-EMRK Art 9 EMRK Rz 67; *Muckel* in *Tettinger/Stern*, Kölner Gemeinschaftskommentar zur Europäischen Grundrechte-Charta (2006) Art 10 GRC Rz 21; *Thiele* in *Pechstein/Nowak/Häde*, Frankfurter Kommentar I EUV und GRC (2017) Art 10 GRC Rz 14; *Ungern-Sternberg* in *Karpenstein/Mayer*, EMRK³ (2022) Art 10 EMRK Rz 15; *Waldhoff* in *Grabenwarter*, Europäischer Grundrechtesschutz² § 12 Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit Rz 20.

⁴³ Siehe allerdings *Berka*, Religion, Weltanschauung und Arbeitsverhältnis, DRdA 2017, 247 (250 ff); *Egger*, Die Begriffe "Religion" und "Weltanschauung" im Antidiskriminierungsrecht, ASoK 2018, 346 (351 ff); *Krasser*, Zur grundrechtlichen Zulässigkeit einer Impfpflicht, RdM 2020, 136 (139 ff); *Mathy*, Die Weltanschauung im Spannungsfeld zwischen Betriebsverfassungsrecht und Antidiskriminierungsrecht, DRdA 2023, 20 (21 ff).

⁴⁴ Siehe *Schinkele*, Weltanschauungsfreiheit 50.

⁴⁵ Siehe zB *Cumper/Lewis*, 'Public Reason', Judicial Deference and the Right to Freedom of Religion and Belief under the Human Rights Act 1998, King's Law Journal 2011, 131 (139 ff); *Ouald Chaib*, Procedural Fairness as a Vehicle for Inclusion in the Freedom of Religion Jurisprudence of the Strasbourg Court, Human Rights Law Review, 483 (491).

⁴⁶ Siehe zB *Adenitire*, Protecting Solitary Beliefs against Indirect Discrimination, Industrial Law Journal 2021, 196; *Griffith*, Protecting the Absence of Religious Belief: The New Definition of Religion or Belief in Equality Legislation, Religion & Human Rights 2007, 149; *Hambler*, Beliefs Unworthy of Respect in a Democratic Society: A View from the Employment Tribunal, Ecclesiastical Law Journal 2020, 234; *McKeown/Dunn*, A 'Life-Style Choice' or a Philosophical Belief?: The Argument for Veganism and Vegetarianism to be a Protected Philosophical Belief and the Position in England and Wales, Liverpool Law Review 2021, 207; *Perfect*, The EHRC's Work on Religion or Belief, Law & Justice - The Christian Law Review 2014, 113; *Sandberg*, Are Political Beliefs Religious Now, Law & Justice - The Christian Law Review 2015, 180.

⁴⁷ Siehe zB *Cumper/Lewis*, Ecclesiastical Law Journal 2010, 131.

⁴⁸ Siehe *Schinkele*, Weltanschauungsfreiheit 50.

schlechterem Schutz für nicht-religiöse und insbesondere nicht-traditionelle Weltanschauungen und sind daher für die Entwicklung eines Kriterienkatalogs ungeeignet?

EuGH

Können aus der Rechtsprechung des EuGH, die Religion und Weltanschauung zu einem einzigen Diskriminierungsgrund zusammenfasst, Erkenntnisse hinsichtlich der Notwendigkeit einer Trennung der beiden Konzepte für einen Kriterienkatalog abgeleitet werden?

UK-Gerichte

Welche Lehren lassen sich aus den Unterschieden in der Rechtsprechung der Gerichte des Vereinigten Königreichs zwischen Entscheidungen zur Weltanschauungsfreiheit auf der Grundlage des Common Law und des Human Rights Act für die Entwicklung eines einheitlichen Kriterienkatalogs ziehen?

IV. Gang der Untersuchung

Die Dissertation beginnt mit dem Problemaufriss und der Zielsetzung, sowie dem Gang der Untersuchung. Anschließend folgt ein Grundlagenkapitel, das zunächst einen kurzen Überblick der einschlägigen grundrechtlichen Bestimmungen zur Orientierung bietet und die historische Entwicklung des Grundrechts auf Weltanschauungsfreiheit darstellt. Die dabei herausgearbeiteten Entwicklungslinien dienen als Anknüpfungspunkte für die nachfolgende grundrechtliche Analyse.

Da unterschiedliche Disziplinen den Begriff „Weltanschauung“ verwenden (zB Philosophie, Religionswissenschaft, Rechtswissenschaft),⁴⁹ und er auch in der Alltagssprache verankert ist,⁵⁰ werden sowohl die Entstehung und weitere Entwicklung des philosophischen Begriffs⁵¹ als auch die unterschiedlichen Begriffsverständnisse in Religionswissenschaft⁵² und Rechtswissenschaft⁵³ kurz aufgearbeitet.

⁴⁹ Siehe zur Religionswissenschaft zB *Bauer*, Weltanschauung, in *Cancik/Gladigow/Kohl* (Hrsg), Handbuch religionswissenschaftlicher Grundbegriffe⁵ (2001) 351; siehe zur Philosophie zB *Scholtz*, Weltanschauung, in *Hand/Bermes/Dierse* (Hrsg), Schlüsselbegriffe der Philosophie des 19. Jahrhunderts (2015) 435; siehe zur Rechtswissenschaft zB *Heinrichs*, Weltanschauung als Diskriminierungsgrund – Begriffsdimensionen und Diskriminierungsrisiken, Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2016, 7 ff.

⁵⁰ Siehe *Kowalewicz*, Übersetzungsprobleme des Begriffs „Weltanschauung“, Archiv für Begriffsgeschichte 2013, 237 (241).

⁵¹ Siehe zB *Thomé*, Weltanschauung, in *Ritter/Gründer/Gabriel* (Hrsg), Historisches Wörterbuch der Philosophie (2004) 454.

⁵² Siehe zB *Heinrichs*, Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2016, 7 ff.

⁵³ Siehe zB *Heinrichs*, Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2016, 7 ff.

Das Grundlagenkapitel wird durch einen Überblick unterschiedlicher konzeptioneller Ansätze zu weltanschaulichen Überzeugungen abgerundet. Durch welche Linse weltanschauliche Überzeugungen betrachtet werden, wirkt sich unmittelbar auf den Schutz aus, der diesen Überzeugungen gewährt wird. Der Zugang, nur jene Überzeugungen zu schützen, die „*ultimate questions*“⁵⁴ betreffen, und daher eine ähnliche Tragweite wie klassische religiöse Überzeugungen aufweisen, ist bspw von einem Zugang zu unterscheiden, der sich auf „*meaning-giving beliefs*“⁵⁵ stützt.

Die Dissertation gliedert sich in vier Hauptkapitel. Das erste Kapitel widmet sich dem Themenkomplex der Abgrenzung der Weltanschauungsfreiheit von der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Das zweite Kapitel untersucht, welche konzeptionellen Ansätze und Kriterien EKMR und EGMR sowie UK-Gerichte einsetzen, um weltanschauliche Überzeugungen direkt zu schützen. Im dritten Kapitel werden die konzeptionellen Ansätze und Kriterien zum indirekten Schutz weltanschaulicher Überzeugungen im Rahmen der grundrechtlichen Diskriminierungsverbote durch die Judikatur des EuGH und Gerichte des Vereinigten Königreichs analysiert. Das vierte Hauptkapitel dient einerseits der Zusammenführung der Ergebnisse sowie der Gegenüberstellung von direktem und indirektem Schutz weltanschaulicher Überzeugungen und andererseits dem Vergleich der Rechtsprechung der untersuchten Gerichte, um einen Kriterien- und Anforderungskatalog zum Schutz weltanschaulicher Überzeugungen zu entwickeln.

Teil I – Abgrenzung und Kategorisierung weltanschaulicher Überzeugungen

Der erste Hauptteil der Dissertation befasst sich sowohl mit der Abgrenzung weltanschaulicher Überzeugungen innerhalb des Grundrechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit als auch mit der Abgrenzung zu Einzelmeinungen und politischen Ansichten. Anhand der Rechtsprechung der EKMR/des EGMR, des EuGH, der UK-Gerichte und der Literatur wird aufgearbeitet, welche Überzeugungen dem Grundrecht auf Weltanschauungsfreiheit jeweils zuzurechnen sind und wie diese kategorisiert werden können.

Hinsichtlich der Abgrenzung zur Religionsfreiheit wird in der Literatur oftmals der Transzendenzbezug als Unterscheidungskriterium vertreten.⁵⁶ Es stellt sich jedoch die Frage, ob dieses Merkmal in Hinblick auf die große Vielfalt an unterschiedlichen Überzeugungen tatsächlich geeignet ist, zwischen Weltanschauung und Religion zu unterscheiden. In der Literatur wird

⁵⁴ Nussbaum, *Liberty of Conscience* (2010) 168 f.

⁵⁵ Maclure/Taylor, *Secularism and Freedom of Conscience* (2011) 100.

⁵⁶ Siehe Czermak/Hilgendorf, *Religions- und Weltanschauungsrecht*² 62; Schinkele, *Weltanschauungsfreiheit* 55; mit Blick auf neue religiöse Bewegungen inzwischen kritisch Kalb/Potz/Schinkele, *Religionsrecht* (2003) 4.

zudem angezweifelt, ob eine Abgrenzung zwischen diesen beiden Konzepten überhaupt notwendig und vertretbar ist, da ohnehin beide (zumindest) auf grundrechtlicher Ebene Schutz genießen.⁵⁷ Dieser Ansicht ist entgegenzuhalten, dass eine Verflechtung von Religion und Weltanschauung zu weiteren Unschärfen in Bezug auf den Schutzbereich der Weltanschauungsfreiheit führt, und sich dadurch negativ auf nicht-traditionelle Weltanschauungen auswirken kann. Die Abgrenzung weltanschaulicher Überzeugungen zur Gedanken- und Gewissensfreiheit ist ebenfalls bedeutsam, da im Rahmen der Gedankenfreiheit die Manifestation bzw. Ausübung der Gedanken – im Gegensatz zur Weltanschauungsfreiheit – nicht geschützt ist,⁵⁸ und sich die Gewissensfreiheit ebenfalls maßgeblich auf das *forum internum* bezieht (wobei durchaus vertreten wird, dass auch Gewissensbetätigungen vom Schutzbereich umfasst sind).⁵⁹

Weltanschauliche Überzeugungen müssen zudem von Einzelmeinungen sowie rein politischen Ansichten abgegrenzt werden, da diese vom Schutzbereich des Art 9 EMRK bzw. Art 10 GRC ausgeschlossen sind und allenfalls, je nach Art und Inhalt ihrer Äußerungs- bzw. Wirkform, nur durch andere grundrechtliche Garantien (bspw. Meinungsäußerungsfreiheit, Versammlungsfreiheit) geschützt sind.⁶⁰ Da nicht alle Ideen oder Überzeugungen vom Grundrecht auf Weltanschauungsfreiheit umfasst sein können, ist hinsichtlich Einzelmeinungen fraglich, welchen Umfang bzw. welche Tragweite Überzeugungen aufweisen müssen, damit sie als Weltanschauung grundrechtlichen Schutz genießen.⁶¹ Politische Überzeugungen treten ebenfalls in vielfältigen Ausprägungen auf, wobei durchaus denkbar ist, dass sich einige Überzeugungen an der Grenze zu weltanschaulichen Überzeugungen bewegen. Ziel dieses Kapitels ist es, herauszuarbeiten, welche Überzeugungen die Judikatur als vom Schutzbereich der Weltanschauungsfreiheit umfasst sieht und wie diese Überzeugungen inhaltlich kategorisiert werden können.

Teil 2 – Direkter Schutz weltanschaulicher Überzeugungen

Das zweite Hauptkapitel der Dissertation setzt sich mit dem direkten Schutz weltanschaulicher Überzeugungen auseinander. Da die ersten Entscheidungen diesbezüglich von der EKMR getroffen wurden, beginnt die Analyse mit der Darstellung und Aufarbeitung dieser Rechtsprechungslinie. Die Entscheidungen der EKMR zur Weltanschauungsfreiheit können vorerst in

⁵⁷ Einer Unterscheidung auf grundrechtlicher Ebene ablehnend gegenüberstehend siehe *Bernsdorff* in *Meyer/Hölscheidt*, GRC⁵ Art 10 GRC Rz 12; *Raptis*, Religions- und Weltanschauungsfreiheit, in *Heißl* (Hrsg), Handbuch Menschenrechte (2008) 334 (Rz 18/11).

⁵⁸ Siehe zB *Walter* in *Dörr/Grote/Marauhn*, EMRK/GG I³ Art 9 EMRK Rz 15.

⁵⁹ Siehe zB *Grabenwarter* in *Pabel/Schmahl*, IntKommEMRK Art 9 EMRK Rz 38; *Walter* in *Dörr/Grote/Marauhn*, EMRK/GG I³ Art 9 EMRK Rz 17 f.

⁶⁰ Siehe zB *Grabenwarter* in *Pabel/Schmahl*, IntKommEMRK Art 9 EMRK Rz 67.

⁶¹ Siehe *Adenitire*, *Industrial Law Journal* 2021, 196; *McKeown/Dunn*, *Liverpool Law Review* 2021, 207.

drei Fallgruppen eingeteilt werden: philosophische Denkschulen,⁶² Ernährungs- und Lebensweisen⁶³ sowie singuläre Ereignisse.⁶⁴

In ihrer ersten und auch bedeutsamsten Entscheidung zur Weltanschauungsfreiheit (*Arrowsmith v UK*)⁶⁵, hat die Kommission festgehalten, dass Pazifismus als Weltanschauung vom Schutzbereich des Art 9 EMRK umfasst ist. Die Beschwerdeführerin verteilte Flugblätter, in denen sie Soldat:innen aufforderte, sich der britischen Nordirland-Politik zu widersetzen. Die Kommission gab *Arrowsmith* allerdings nicht recht, da sie ihre Handlung nicht als Ausdruck ihrer Weltanschauung wertete und meinte, die Flugblätter würden sich vielmehr gegen die Regierungspolitik wenden.

Seit dieser Entscheidung wird von der EKMR eine strenge Verbindung zwischen Religionen bzw Weltanschauungen und ihrer Manifestation gefordert.⁶⁶ Kommissionsmitglied *Opsahl* hat die Rs *Arrowsmith* in einer *seperate opinion* mE zu Recht kritisiert, da die Kommission das Kriterium „Ausübung der Weltanschauung“ zu eng auslegt.⁶⁷ Er weist auf die Gefahr hin, dass „only certain, perhaps the more traditional, types of manifestation“ geschützt werden, „irrespective of the genuineness of the motivation“.⁶⁸ Generell basiert das konzeptuelle Verständnis der EKMR hinsichtlich weltanschaulicher Überzeugungen stark auf der Religionsfreiheit.⁶⁹ Weitere Folgeentscheidungen der Kommission betreffen zB Kommunismus⁷⁰ und Anthroposophie⁷¹ als Denkschule, Veganismus⁷² als Ernährungsform und Lebensweise sowie Begräbnismodalitäten⁷³ und Impfpflichten⁷⁴ als singuläre Ereignisse.

Anschließend wird die Rechtsprechung des EGMR analysiert, die an den Entscheidungen der EKMR anknüpft. Der EGMR hat sich ebenfalls zum sachlichen Schutzbereich der Weltanschauungsfreiheit geäußert, wobei für ihn Ernsthaftigkeit, Schlüssigkeit, Stichhaltigkeit und

⁶² Siehe zB EKMR 16.05.1977, 7050/75 (*Arrowsmith v UK*).

⁶³ Siehe zB EKMR (inadmissible) 10.02.1993, 18187/91 (*W v UK*).

⁶⁴ Siehe zB EKMR (inadmissible) 10.03.1981, 8741/79 (*X v GER*).

⁶⁵ Siehe EKMR 16.05.1977, 7050/75 (*Arrowsmith v UK*); siehe zu Pazifismus auch EKMR (inadmissible) 15.12.1983, 10358/83 (*C v UK*); EKMR (inadmissible) 18.07.1986, 11991/86 (*H and B v UK*).

⁶⁶ Siehe zB EKMR (inadmissible) 10.03.1981, 8741/79 (*X v GER*) 138; EKMR (inadmissible) 05.07.1984, 10678/83 (*V v NED*).

⁶⁷ Siehe EKMR 16.05.1977, 7050/75 (*Arrowsmith v UK*) Separate Opinion, in part dissenting *Opsahl*, Rz 3; siehe auch EKMR 16.05.1977, 7050/75 (*Arrowsmith v UK*) Dissenting Opinion *Klecker*.

⁶⁸ EKMR 16.05.1977, 7050/75 (*Arrowsmith v UK*) Separate Opinion, in part dissenting *Opsahl*, Rz 3.

⁶⁹ Siehe zB EKMR 16.05.1977, 7050/75 (*Arrowsmith v UK*) Rz 69 ff; EKMR (inadmissible) 10.03.1981, 8741/79 (*X v GER*) 138.

⁷⁰ Siehe EKMR 11.10.1991, 16311/90, 16312/90, 16313/90 (*Hazar and Aık v TUR*).

⁷¹ Siehe EKMR (inadmissible) 05.07.1984, 10678/83 (*V v NED*).

⁷² Siehe EKMR (inadmissible) 10.02.1993, 18187/91 (*W v UK*).

⁷³ Siehe EKMR (inadmissible) 10.03.1981, 8741/79 (*X v GER*) zu Begräbnis auf eigenem Grundstück.

⁷⁴ Siehe EKMR (inadmissible) 15.01.1998, 26536/95 (*Boffa ao v SMR*).

Bedeutung als Beurteilungskriterien heranzuziehen sind.⁷⁵ Der Gerichtshof sieht diese Kriterien zB im Falle der Verweigerung des Militärdienstes erfüllt, wenn die Verweigerung auf einem ernstesten und unüberwindbaren Konflikt zwischen der Militärflicht und tiefen bzw echten weltanschaulichen Überzeugungen beruht.⁷⁶ Fraglich ist, ob die genannten, sehr allgemein formulierten Kriterien zur Identifikation von Weltanschauungen geeignet sind oder ob sie zu einer Benachteiligung für nicht-traditionelle weltanschauliche Überzeugungen führen.

Zudem führt der EGMR die Linie der Kommission fort, nicht alle Meinungen oder Überzeugungen als solche iSd Art 9 Abs 1 EMRK anzuerkennen und versteht unter *practise* nicht jede Handlung, die durch Religion oder Weltanschauung motiviert oder beeinflusst ist.⁷⁷ Vielmehr ist notwendig, dass „*the act inspired, motivated or influenced by a belief*“, auch „*intimately linked to the religion or that belief*“ ist.⁷⁸ Der EGMR nennt hier beispielhaft ausdrücklich Handlungen, die Teil einer Religion oder Weltanschauung in generell erkennbarer Form sind.⁷⁹ Da die Manifestationsformen bekannter und weitverbreiteter Religionen üblicherweise leichter nachvollziehbar sind, ist es naheliegend, dass nicht-traditionelle Weltanschauungen durch diese Rechtsprechungslinie benachteiligt werden könnten. Die neuere Rechtsprechung fordert für sie den Nachweis eines ausreichend nahen und direkten Zusammenhangs zwischen Handlung und zugrundeliegender Weltanschauung.⁸⁰

In Hinblick auf die Entscheidungen der EKMR und des EGMR ist ein Ausweichen auf ideologisch weniger umstrittene Grundrechte (zB Meinungsfreiheit) zu beobachten, um so einer Auseinandersetzung mit Fragen der Religions- oder Weltanschauungsfreiheit zu entgehen.⁸¹ Häufig wird der Eingriff auch gleich als gerechtfertigt qualifiziert, ohne gesondert zu beurteilen, ob die betroffene Handlung vom Schutzbereich umfasst ist.⁸² Ebenfalls kritisch zu sehen sind die hohen Anforderungen, die EKMR und EGMR an die Manifestation der Weltanschauung stellen,

⁷⁵ Siehe EGMR 25.02.1982, 7511/76, 7743/76 (Campbell and Cosans v UK) zur Ablehnung körperlicher Bestrafung von Schulkindern; EGMR 18.03.2011, 30814/06 (Lautsi ao v ITA); EGMR (inadmissible) 18.03.2008, 14618/03 (Blumberg v GER); EGMR 06.11.2008, 58911/00 (Leela Förderkreis eV ua v DEU) Rz 80.

⁷⁶ Siehe EGMR 07.07.2011, 23459/03 (Bayatyan v ARM) Rz 110.

⁷⁷ Siehe EGMR 29.04.2002, 2346/02 (Pretty v UK) Rz 82 zu assistiertem Suizid; EGMR 08.04.2021, 47621/13 (Vavříčka ao v CZE) Rz 335 zu kritischer Meinung in Bezug auf Impfungen.

⁷⁸ EGMR 10.01.2017, 29086/12 (Osmanoğlu and Kocabaş v SUI) Rz 41.

⁷⁹ Siehe EGMR 10.01.2017, 29086/12 (Osmanoğlu and Kocabaş v SUI) Rz 41.

⁸⁰ Siehe EGMR 10.01.2017, 29086/12 (Osmanoğlu and Kocabaş v SUI) Rz 41.

⁸¹ Siehe EGMR 13.07.2012, 16354/06 (Mouvement raëlien suisse v SUI) Rz 79 f; EGMR 26.06.2012, 9300/07 (Herrmann v GER) Rz 119.

⁸² Siehe EGMR 20.01.2011, 9300/07 (Herrmann v GER) Rz 87: „*The Court does not find it necessary to determine whether the applicant's complaint falls to be examined under Article 9 of the Convention, as it considers that any interference with the applicant's rights is justified under paragraph 2 of Article 9 [...]*“; EKMR (inadmissible) 13.12.1963, 1747/62 (X v AUT); EKMR (inadmissible) 21.05.1976, 6741/74 (X v ITA).

insbesondere hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Überzeugung und Handlung (*Arrowsmith*-Rsp). Auch die sehr allgemeinen Beurteilungskriterien des EGMR sind zu hinterfragen.

Abschließend folgt die Untersuchung der Rechtsprechung der Gerichte des Vereinigten Königreichs zum direkten Schutz weltanschaulicher Überzeugungen.⁸³ Zunächst wird hierfür auf die Unterschiede der auf Art 9 HRA basierenden Rechtsprechung und der Rechtsprechung zum Common Law eingegangen. In der Literatur wird hiezu von manchen vertreten, dass Art 9 HRA die Gerichte dazu animiert, eine Abwägung vorzunehmen, die in der Common Law-Tradition nicht notwendig wäre und dadurch eine ungünstigere Entscheidung für jene Partei zustande kommt, die ihre Überzeugung ausdrücken will.⁸⁴

Als Weltanschauung anerkannt wurden bisher von den UK-Gerichten unter anderem säkularer Humanismus,⁸⁵ aber auch die Ansicht, dass es moralisch falsch sei, wenn der Mensch die Erde durch die Verursachung des Klimawandels schädigt.⁸⁶ Besonders relevant ist die Rs *Williamson*, in welcher das House of Lords in einem *obiter* festgehalten hat, dass auch nicht-religiöse Weltanschauungen von Art 9 HRA umfasst sind.⁸⁷ Welche Anforderungen solche nicht-religiösen Manifestationen erfüllen müssen, wurde ebenfalls ausformuliert: „*In particular, for its manifestation to be protected by article 9 a non-religious belief must relate to an aspect of human life or behaviour of comparable importance to that normally found with religious beliefs.*“⁸⁸ Auch hier findet sich daher ein konzeptuelles Verständnis der Weltanschauung, das nahe an religiösen Überzeugungen angesiedelt ist. Weiters wurden in diesem Urteil Kriterien aufgestellt, die sich generell auf die Manifestation als solche beziehen und als *Dignity Requirement*, *Importance Requirement* und *Intelligibility Requirement* zusammengefasst werden können.⁸⁹

⁸³ Siehe zB NICA 2018, *Smyth's Application for Judicial Review, Re Court of Appeal*, NICA 25; UKFTT 2014, *Exmoor Coast Boat Cruises Ltd v Revenue & Customs*, UKFTT 1103; EAT 2016, *Mr M Harron v Chief Constable of Dorset Police*, WL 01745184; EWCA 2012, *R (on the application of National Secular Society and Bone) v Bideford Town Council*, EWCA 175; UKHL 2007, *Whaley v Lord Advocate*, UKHL 53; EWCA 2006, *R (Boughton & Ors) v HM Treasury*, EWCA Civ 504; EWHC 2004, *R (on the application of Pattison) v Social Security and Child Support Commissioners*, EWHC 2370.

⁸⁴ Siehe *Oliva/Hall*, Religion, Law and the Constitution 141.

⁸⁵ Siehe NICA 2018, *Smyth's Application for Judicial Review, Re Court of Appeal*, NICA 25.

⁸⁶ Siehe UKFTT 2014, *Exmoor Coast Boat Cruises Ltd v Revenue & Customs*, UKFTT 1103.

⁸⁷ Siehe UKHL 2005, *R (on the application of Williamson) v. Secretary of State for Education and Employment*, UKHL 15, Rz 24.

⁸⁸ UKHL 2005, *R (on the application of Williamson) v. Secretary of State for Education and Employment*, UKHL 15, Rz 24.

⁸⁹ Siehe UKHL 2005, *R (on the application of Williamson) v. Secretary of State for Education and Employment*, UKHL 15, Rz 23; *Adenitire*, A General Right to Conscientious Exemption: Beyond Religious Privilege (2020) 183.

Teil 3 – Indirekter Schutz weltanschaulicher Überzeugungen

Die Weltanschauungsfreiheit wird auch im Rahmen der grundrechtlichen Diskriminierungsverbote geschützt. Im dritten Hauptteil wird daher die Rechtsprechung zum indirekten Schutz weltanschaulicher Überzeugungen untersucht. Dieser wird einerseits durch Art 21 GRC iVm der Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie gewährleistet, wobei Art 21 Abs 1 GRC explizit Diskriminierungen aufgrund der Weltanschauung verbietet. Andererseits kann auch Art 14 EMRK iVm Art 9 EMRK vor Diskriminierung schützen. Die Diskriminierungsverbote sind hervorzuheben, da sie auch auf Bestimmungen Anwendung finden, die für sich genommen keinen Verstoß gegen die Weltanschauungsfreiheit auslösen, aber in Verbindung mit diskriminierender Anwendung nicht grundrechtskonform sind.⁹⁰ Besonders für nicht-traditionelle Weltanschauungen können Diskriminierungsverbote ein wichtiges Schutzinstrument zur Hinterfragung vermeintlich neutraler Bestimmungen sein.⁹¹

Das Kapitel beginnt mit einer Analyse der Rechtsprechung des EuGH. Der EuGH hat sich bisher noch nicht explizit zum sachlichen Schutzbereich der Weltanschauungsfreiheit gem Art 10 GRC geäußert, durchaus allerdings Abgrenzungsfragen anhand von Art 21 GRC iVm der Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie aufgegriffen.⁹² Hinsichtlich der EuGH-Rechtsprechung sind daher in besonderem Maße antidiskriminierungsrechtliche Fälle relevant, wobei der EuGH Ungleichbehandlungen meist nicht nur unmittelbar am Maßstab des Art 21 GRC, sondern auch anhand der sekundärrechtlichen Diskriminierungsverbote prüft.⁹³

Besonders religiöse und weltanschauliche Neutralität am Arbeitsplatz ist Gegenstand zahlreicher Schlussanträge und Urteile.⁹⁴ In diesem Zusammenhang hat der EuGH ausgesprochen, dass das Tragen von Zeichen oder Kleidung zur Beurkundung der eigenen Religion oder Überzeugung von Art 10 GRC umfasst ist und es nicht „*Sache des Gerichtshofs [ist], eine Beurteilung des Inhalts der religiösen Gebote selbst vorzunehmen*“.⁹⁵ Im selben Urteil leitet der EuGH aus Art 21 GRC ab, dass die Begriffe Religion und Weltanschauung „*zwei Seiten ein und des-*

⁹⁰ Siehe EKMR (inadmissible) 03.12.1986, 10491/83 (Angeleni v SWE).

⁹¹ Siehe EGMR 06.04.2000, 34369/97 (Thlimmenos v GRE) Rz 42, 47.

⁹² Siehe SA *Medina* 28.04.2022, C-344/20 (LF v SCRL), siehe zuvor auch EuGH 15.07.2021, C-804/18 und C-341/19 (IX v WABE eV und MH Müller Handels GmbH v MJ).

⁹³ Siehe EuGH 19.01.2010, C-555/07 (Küçükdeveci) Rz 21 ff; EuGH 15.07.2021, C-804/18 und C-341/19; *Köchle in Holoubek/Lienbacher*, GRC-Kommentar² (2019) Art 21 GRC Rz 33; *Martin in Kellerbauer/Klamert/Tomkin*, The EU Treaties and the Charter of Fundamental Rights: A Commentary (2019) Art 21 GRC Rz 6; *Mohr in Franzen/Gallner/Oetker*, Kommentar zum europäischen Arbeitsrecht⁴ (2022) Art 21 GRC Rz 51.

⁹⁴ Siehe EuGH 13.10.2022, C-344/19; EuGH 15.07.2021, C-804/18 und C-341/19; EuGH 09.11.2017, C-414/16; EuGH 31.05.2016, C-157/15.

⁹⁵ EuGH 15.07.2021, C-804/18 und C-341/19, Rz 46.

selben Diskriminierungsgrundes sind“, sowie dass dieser Diskriminierungsgrund von „politischen oder sonstigen Anschauungen zu unterscheiden ist“. ⁹⁶ Der EuGH schützt nicht-religiöse weltanschauliche Überzeugungen daher, im Unterschied zu EKMR/EGMR, mithilfe des Diskriminierungsrechts unter Heranziehung des Art 21 GRCh.

Anschließend folgt die Untersuchung der UK-Rechtsprechung zum indirekten Schutz weltanschaulicher Überzeugungen. Zunächst wird hierfür die einschlägige Rechtsprechung dargestellt und kategorisiert. ⁹⁷ Maßgeblich ist vor allem die Rs *Grainger PLC v Nicholson*, ⁹⁸ in welcher sich das Employment Appeal Tribunal mit der Definition des Begriffs "Weltanschauung" im Sinne des Antidiskriminierungsrechts auseinandersetzte. In diesem Urteil wurde explizit auf die EGMR-Rechtsprechung und auch die UK-Rechtsprechung zu Art 9 EMRK zurückgegriffen, ⁹⁹ um zu untersuchen, ob der Glaube an den vom Menschen verursachten Klimawandel und die sich daraus ergebenden moralischen Imperative eine Weltanschauung darstellen können.

Ob eine Weltanschauung antidiskriminierungsrechtlich geschützt ist, wird durch fünf Kriterien beurteilt, die im Rahmen dieses Kapitels analysiert werden sollen: „(i) *The belief must be genuinely held. (ii) It must be a belief and not, as in McClintock, an opinion or viewpoint based on the present state of information available. (iii) It must be a belief as to a weighty and substantial aspect of human life and behaviour. (iv) It must attain a certain level of cogency, seriousness, cohesion and importance. (v) It must be worthy of respect in a democratic society, be not incompatible with human dignity and not conflict with the fundamental rights of others (paragraph 36 of Campbell and paragraph 23 of Williamson).*“ ¹⁰⁰

Teil 4 – Zusammenführende Überlegungen

Das letzte Hauptkapitel widmet sich den Gemeinsamkeiten und Unterschieden der untersuchten Rechtsprechung. Es soll einerseits die Rechtsprechung von EKMR/EGMR und UK-Gerichten zu direktem Schutz verglichen werden sowie andererseits die Rechtsprechung von EuGH und

⁹⁶ EuGH 15.07.2021, C-804/18 und C-341/19, Rz 47.

⁹⁷ Siehe zB EWCA 2019, *Gray v. Mulberry Co (Design) Ltd*, Civ 1720; NICA 2018, *Smyth's Application for Judicial Review, Re Court of Appeal*, NICA 25; EAT 2016, *Mr M Harron v Chief Constable of Dorset Police*, WL 01745184; EWCA 2016, *Henderson v The General Municipal and Boilermakers Union*, EWCA Civ 1049 (EWCA); EWCA 2014, *Maistry v BBC*, EWCA Civ 1116; EWCA 2012, *R (on the application of National Secular Society and Bone) v Bideford Town Council*, EWCA 175; EWHC 2012, *R (on the application of Brown) v Canal River Trust*, EWHC 3133 (Admin); EAT 2009, *Grainger plc v Nicholson*, ICR 360; EAT 2009, *Greater Manchester Police Authority v Mr A Power*, WL 6765190; EAT 2008, *Mr A McClintock v Department of Constitutional Affairs*, IRLR 29.

⁹⁸ Siehe EAT 2009, *Grainger plc v Nicholson*, ICR 360.

⁹⁹ Siehe *Adenitire*, A General Right to Conscientious Exemption 217.

¹⁰⁰ EAT 2009, *Grainger plc v Nicholson*, ICR 360, Rz 24.

UK-Gerichten zu indirektem Schutz. Zudem soll auch direkter und indirekter Schutz weltanschaulicher Überzeugungen einander gegenübergestellt werden, um herauszuarbeiten, inwieweit sich im Schutzniveau ein Unterschied ergibt, je nachdem ob Gerichte Sachverhalte auf Basis des Antidiskriminierungsrechts oder des Grundrechts auf Weltanschauungsfreiheit beurteilen. Ziel ist, durch den Vergleich Erkenntnisse für die Entwicklung eines eigenen konzeptionellen Ansatzes und Kriterienkatalogs zu gewinnen.

Zur Entwicklung eines eigenen konzeptionellen Ansatzes sowie eines Kriterienkatalogs werden die Vor- und Nachteile der aus der Judikatur herausgearbeiteten konzeptionellen Ansätze zur Weltanschauungsfreiheit untersucht. Ein Kriterienkatalog eignet sich für den Schutz weltanschaulicher Überzeugungen, da fortlaufend neuartige bzw nicht-traditionelle Weltanschauungen entstehen und gesellschaftlichen (Weiter-)Entwicklungen sonst zu wenig Raum bleibt. Um einen eigenen Kriterienkatalog zu entwickeln, wird untersucht, welche der herausgearbeiteten Kriterien besonders zielführend zu einem effektiven Schutz weltanschaulicher Überzeugungen eingesetzt werden können. Die Dissertation schließt mit einem Fazit.

V. Methodik

Die Dissertation ist eine rechtsdogmatische und rechtsvergleichende Arbeit und basiert auf einer umfassenden Judikatur- und Literaturanalyse. Untersucht wird die Rechtsprechung von EKMR/EGMR, EuGH und UK-Gerichten zu direktem wie auch indirektem Schutz weltanschaulicher Überzeugungen. Da grundrechtliche Garantien offen und abstrakt formuliert sind, übernehmen Gerichte oftmals die Aufgabe, sie durch ihre Rechtsprechung weiterzuentwickeln und den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen sowie Umständen anzupassen.¹⁰¹ Die Analyse und der Vergleich der Judikatur ist im Rahmen der Auslegung grundrechtlicher Bestimmungen daher besonders bedeutsam.

Im Zuge des Rechtsvergleichs werden konkrete Rechtsprobleme verglichen, es handelt sich daher um eine Mikro-Vergleichung.¹⁰² Ziel des Vergleiches ist es, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Rechtsprechung herauszuarbeiten, um ein tiefergehendes Verständnis für den jeweils gewährten Schutz weltanschaulicher Überzeugungen zu entwickeln.

¹⁰¹ Siehe *Bates*, *The evolution of the European Convention on Human Rights* (2010) 357 ff; *Harris/O'Boyle/Warbrick*, *Law of the European Convention on Human Rights*⁴ 36.

¹⁰² Siehe zB *Starck*, *Rechtsvergleichung im öffentlichen Recht*, JZ 1997, 1021 (1026); *Zweigert/Kötz*, *Einführung in die Rechtsvergleichung* (1996) 4.

Die untersuchten Jurisdiktionen werden herangezogen, da die Grundrechtsordnungen der EMRK, der GRC und des HRA sowie das europäische Antidiskriminierungsrecht und der Equality Act des Vereinigten Königreichs eng miteinander verbunden sind. So basiert der Schutz weltanschaulicher Überzeugungen in Art 10 GRC¹⁰³ und Art 9 HRA¹⁰⁴ auf Art 9 EMRK und der Diskriminierungsschutz der Sec 4 iVm Sec 10 (2) Equality Act auf der unionsrechtlichen Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie.

Aber auch die Rechtsprechung von EKMR/EGMR, EuGH und UK-Gerichten weist zahlreiche gemeinsame Berührungspunkte und Wechselwirkungen auf. Einige der wichtigsten Entscheidungen der EKMR¹⁰⁵ und des EGMR¹⁰⁶ betreffen Sachverhalte aus dem Vereinigten Königreich. Der EGMR stützt sich bei seiner Grundrechtsinterpretation unter anderem auch auf innerstaatliches Recht der Mitgliedstaaten,¹⁰⁷ insbesondere in Bezug auf die Prüfung eines gemeinsamen europäischen Standards.¹⁰⁸ Im Gegenzug findet die Auslegung der EMRK durch EKMR/EGMR gem Sec 2 HRA Berücksichtigung in der UK-Rechtsprechung.¹⁰⁹ Die Einbeziehung des Vereinigten Königreichs ermöglicht auch, die Common Law-Tradition in den Rechtsvergleich zu inkludieren und dadurch aus einer weiteren Perspektive auf den Schutz weltanschaulicher Überzeugungen zu blicken.

¹⁰³ Siehe Art 52 (3) GRC; Charta-Erläuterungen ABl 2007 C 303/33.

¹⁰⁴ Siehe Section 1 Human Rights Act 1998 c. 42.

¹⁰⁵ Siehe zB EKMR 16.05.1977, 7050/75 (Arrowsmith v UK); EKMR (inadmissible) 15.12.1983, 10358/83 (C v UK); EKMR (inadmissible) 10.02.1993, 18187/91 (W v UK).

¹⁰⁶ Siehe zB EGMR 25.02.1982, 7511/76, 7743/76 (Campbell and Cosans v UK); EGMR 29.04.2002, 2346/02 (Pretty v UK).

¹⁰⁷ Siehe zB EGMR 28.06.1978, 6232/73 (König v DEU) Rz 89.

¹⁰⁸ Siehe *Grabenwarter* in *Grabenwarter*, Europäischer Grundrechtsschutz² (2022) § 1 Das System des Europäischen Grundrechtsschutzes Rz 75.

¹⁰⁹ Siehe Section 2 (1) Human Rights Act 1998 c. 42.

VI. Vorläufige Gliederung

I. Einleitung

II. Grundlagen

A. Normenmaterial und historische Entwicklung

B. Der Begriff „Weltanschauung“

1. Von Immanuel Kant bis Karl Jaspers

2. (Rechts-)Wissenschaftliche Begriffsverwendung

C. Konzeptionelle Ansätze

III. Abgrenzung und Kategorisierung weltanschaulicher Überzeugungen

A. Vorbemerkungen

B. Abgrenzung weltanschaulicher Überzeugungen

1. Abgrenzung zur Religionsfreiheit

2. Abgrenzung zur Gedanken- und Gewissensfreiheit

3. Abgrenzung zu Einzelmeinungen

4. Abgrenzung zu politischen Überzeugungen

C. Kategorisierung weltanschaulicher Überzeugungen

IV. Direkter Schutz weltanschaulicher Überzeugungen

A. Die Praxis der EKMR

1. Bestandsaufnahme

2. Arrowsmith-Kriterien

3. Konzeptioneller Ansatz

B. Die Rechtsprechung des EGMR

1. Bestandsaufnahme

2. Campbell-Kriterien

3. Konzeptioneller Ansatz

C. Die Rechtsprechung der UK-Gerichte

1. Common Law v Human Rights Act

2. Bestandsaufnahme

3. Williamson-Kriterien

4. Konzeptioneller Ansatz

D. Zwischenfazit

V. Indirekter Schutz weltanschaulicher Überzeugungen

- A. Die Rechtsprechung des EuGH
 - 1. Bestandsaufnahme
 - 2. SCRL-Kriterien
 - 3. Konzeptioneller Ansatz
- B. Die Rechtsprechung der UK-Gerichte
 - 1. Bestandsaufnahme
 - 2. Grainger-Kriterien
 - 3. Konzeptioneller Ansatz
- C. Zwischenfazit

VI. Zusammenführende Überlegungen

- A. Gemeinsamkeiten und Unterschiede
 - 1. EKMR/EGMR v UK-Gerichte zu direktem Schutz
 - 2. EuGH v UK-Gerichte zu indirektem Schutz
 - 3. Direkter v indirekter Schutz
- B. Konzeptioneller Ansatz und Kriterienkatalog
 - 1. Konzeptioneller Ansatz
 - a. Vor- und Nachteile
 - b. Eigener Ansatz
 - 2. Kriterienkatalog
 - a. Vor- und Nachteile
 - b. Eigener Ansatz
- C. Fazit

VII. Zeitplan

	2022			2023				2024				2025				2026	
	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2
Themenfindung																	
Zulassung Doktoratsstudium UW																	
Fakultätsöffentliche Präsentation																	
Vertiefende Recherchearbeit																	
Schreibprozess																	
Überarbeitung																	
Defensio																	

VIII. Literaturlauswahl

Adenitire, Protecting Solitary Beliefs against Indirect Discrimination, *Industrial Law Journal* 2021, 196.

Bausback, Religions- und Weltanschauungsfreiheit als Gemeinschaftsgrundrecht, *EuR* 2000, 261.

Blum, Die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit nach Art. 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention (1990).

Bielefeldt/Wiener, *Religious Freedom Under Scrutiny* (2020).

Borowski, Der Grundrechtsschutz des religiösen Selbstverständnisses, in *Haratsch/Janz/Rademacher/Schmahl/Weiß* (Hrsg), *Religion und Weltanschauung im säkularen Staat* (2001) 49.

Bretscher, *Protecting the Religious Freedom of New Minorities in International Law* (2020).

Cinar, Brexit and its Implications on the Freedom of Religion and Belief in the UK, *International Journal of Religion* 2022, 37.

Cohen, Article 9 of the European Convention on Human Rights and Protected Goods, *Ecclesiastical Law Journal* 2010, 180.

Cumper/Lewis, 'Public Reason', Judicial Deference and the Right to Freedom of Religion and Belief under the Human Rights Act 1998, *King's Law Journal* 2011, 131.

Czermak/Hilgendorf, *Religions- und Weltanschauungsrecht*² (2018).

Dickson, *Human Rights and the United Kingdom Supreme Court* (2013).

Dullinger, *Arbeitsrechtliche Relevanz religiöser Bedürfnisse* (2020).

Egger, Die Begriffe " Religion " und "Weltanschauung " im Antidiskriminierungsrecht, *ASoK* 2018, 346.

Evans, *Freedom of Religion under the European Convention on Human Rights* (2001).

Forsthuber, Religions- und Weltanschauungsfreiheit in aktuellen Problemlagen (2002).

Fredman, Equality and Employment Issues after the Incorporation of the European Convention on Human Rights, in *Butler* (Hrsg), Human Rights for the New Millennium (2000) 107.

Grabenwarter/Pabel, EMRK⁷ (2021).

Harris/O'Boyle/Warbrick, Law of the European Convention on Human Rights⁴ (2018).

Hill et al, Religion and Law in the United Kingdom³ (2021).

Hoffmann, Die Weltanschauungsfreiheit (2012).

Howard, Protecting Freedom to Manifest One's Religion or Belief: Strasbourg or Luxembourg, Netherlands Quarterly of Human Rights 2014, 159.

Hurford, 'Worthy of Respect in a Democratic Society'? Forstater and the Expression of Controversial Beliefs, *Judicial Review* 2021, 277.

Jakubowicz, Die Stellung nicht religiöser Gemeinschaften im österreichischen Recht - am Beispiel der Atheisten (2016).

Johnson, Gender critical beliefs and the European Convention on Human Rights, *European human rights law review* 2020, 116.

Kalb/Potz/Schinkele, Religionsrecht (2003).

Kenny, Law and the Art of Defining Religion, *Ecclesiastical Law Journal* 2014, 18.

Kischel, Rechtsvergleichung (2019).

Laborde, Protecting Freedom of Religion in the Secular Age, *The Immanent Frame* 2012, 1.

Leiter, Why tolerate religion? (2013).

Letsas, A theory of interpretation of the European Convention on Human Rights (2007).

Little, Freedom of religion: Fundamental right or impossibility?, in *Durham/Martínez-Torrón/Thayer* (Hrsg), Law, Religion, and Freedom (2021) 24.

Lyon, Constitutional History of the UK² (2016).

Maclure/Taylor, Secularism and Freedom of Conscience (2011).

Mathy, Die Weltanschauung im Spannungsfeld zwischen Betriebsverfassungsrecht und Antidiskriminierungsrecht, *DRdA* 2023, 20.

McCrudden, Litigating Religions: An Essay on Human Rights, Courts, and Beliefs (2018).

McKeown/Dunn, A 'Life-Style Choice' or a Philosophical Belief?: The Argument for Veganism and Vegetarianism to be a Protected Philosophical Belief and the Position in England and Wales, *Liverpool Law Review* 2021, 207.

Mertesdorf, Weltanschauungsgemeinschaften (2008).

Mückl, Religions- und Weltanschauungsfreiheit im Europarecht (2002).

Müller, Religion im Rechtsstaat (2017).

Murdoch, Belief and Conscience: Can Europe do without a specific guarantee for religion?, in *Grütters/Dzananovic* (Hrsg), Migration and religious freedom (2018) 151.

Neumann/Schmidt-Salomon, Was ist "Weltanschauungsrecht"?, in *Neumann/Czermak/Merkel/Putzke* (Hrsg), Aktuelle Entwicklungen im Weltanschauungsrecht (2019) 13.

Nussbaum, Liberty of Conscience (2010).

O'Halloran, Human Rights, Religion and International Law (2018).

Oliva/Hall, Religion, Law and the Constitution: Balancing Beliefs in Britain (2018).

Ouald Chaib, Procedural Fairness as a Vehicle for Inclusion in the Freedom of Religion Jurisprudence of the Strasbourg Court, *Human Rights Law Review* 2016, 483.

Peters/Altwicker, Europäische Menschenrechtskonvention² (2012).

Platzek, Religions- beziehungsweise Weltanschauungsfreiheit aus humanistischer Perspektive, in *von Antes/de Wall* (Hrsg), Religions- und Weltanschauungsfreiheit (2018) 44.

Rath, Was ist eine Weltanschauungsgemeinschaft?, in *Neumann/Czermak/Merkel/Putzke* (Hrsg), Aktuelle Entwicklungen im Weltanschauungsrecht (2019) 103.

Risak, Das Verbot der Diskriminierung wegen der Weltanschauung, in *FS Löschnigg* (2019) 325.

Sandberg, Are Political Beliefs Religious Now?, *Law & Justice The Christian Law Review* 2015, 180.

Schinkele, Zur Weltanschauungsfreiheit in Österreich, in *FS Gampl* (1990) 50.

Scholtz, Weltanschauung, in *Hand/Bermes/Dierse* (Hrsg), Schlüsselbegriffe der Philosophie des 19. Jahrhunderts (2015) 435.

Smet, Comparative Constitutional Interpretation of Religious Freedom, *International and Comparative Law Quarterly* 2020, 611.

Starck, Rechtsvergleichung im öffentlichen Recht, *JZ* 1997, 1021.

Taylor, Freedom of Religion (2005).

Tiedemann, Religionsfreiheit - Menschenrecht oder Toleranzgebot? (2012).

Ventura, The Formula 'Freedom of Religion or Belief' in the Laboratory of the European Union, *Studia z Prawa Wyznaniowego* 2020, 7.

Vickers, Freedom of religion and belief, Article 9 ECHR and the EU Equality Directive, in *Dorssemont/Lörcher/Schömann* (Hrsg), The European Convention on Human Rights and the employment relation (2013) 209.

Zweigert/Kötz, Einführung in die Rechtsvergleichung (1996).